Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 58.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 173. Mittwoch, 27. Juli 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 53.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Erfreulicher Rückgang der Arbeitslosen.

Unterstützte Arbeitslose am 15. Juli 1927.

)(**Berlin.** Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juli 1927 rund 428 000 (männlich 389 000, weiblich 104 000) gegenüber rund 541 000 (männlich 430 000, weiblich 111 000) am 1. Juli 1927 und 598 000 (männlich 480 000, weiblich 118 000) am 15. Juni 1927. **Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli 1927 beträgt rund 48 000 = 8,8 Prozent.** Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) ist im gleichen Zeitraum von 596 000 auf 545 000 **gesunken.** Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Juni bis zum 15. Juli 1927 weiter zurückgegangen und zwar um rund 27 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juli 1927 rund 181 000 (männlich 144 000, weiblich 37 000) gegenüber 208 000 (männlich 167 000, weiblich 41 000) am 15. Juni 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Juni bis zum 15. Juli 1927 von 806 000 auf 674 000, also **um rund 132 000 = 16,4 Prozent verringert.**

Die Geschäftsstelle der Hindenburgspende zu der Entschließung des Reichsbanners.

)(**Berlin.** Zeitungsnachrichten zufolge hat die **Magdeburger Reichskonferenz des Reichsbanners Schwarzrotgold** eine **Entschließung** angenommen, der zufolge der Bundesvorstand mit Rücksicht auf Erfahrungen, die mit ähnlichen Spenden gemacht worden seien, keinen Zwang auf die Mitglieder zur Beteiligung an der Hindenburg-Spende ausüben könne.

Die Geschäftsstelle der Hindenburgspende, Berlin NW. 40, Scharnhorststraße 35, teilt hierzu folgendes mit: Daß in der Vergangenheit hier und da sich bei privaten Sammlungen Unzuträglichkeiten ergeben haben, ist der Hindenburgspende umso besser bekannt, als ihr Leiter jahrelang an führender Stelle den Wohlfahrtsschwindel amtlich bekämpft hat. **Bei der Hindenburg-Spende dürfte die Gefahr der Wiederholung solcher Mißstände ausgeschlossen sein.** Abgesehen davon, daß ihre Leitung in den Händen von Beamten liegt, ist erfreulicherweise auch allenthalben eine lebhafte Mitwirkung der Behörden festzustellen. Werber, die bei früheren privaten Sammlungen gegen das Versprechen von Provisionen angestellt waren, beschäftigt die Hindenburgspende selbstverständlich nicht. Die Geschäftsstelle erklärt ferner schon jetzt, daß sie nach Abschluß der Sammlung der Oeffentlichkeit einen ins Einzelne gehenden Rechenschaftsbericht vorlegen wird. **Die Verwendung der Mittel liegt im übrigen in der Hand des Herrn Reichspräsidenten.** Die Oeffentlichkeit dürfte damit jede nur mögliche Gewähr für die zweckmäßige Verwaltung und Verwendung der Mittel der Hindenburgspende haben.

Die Reparationslieferungen im Juni.

vdz. **Berlin.** Im Monat Juni sind einschließlich der Zusatzverträge für **Frankreich** 285 Reparationssachlieferungs-Verträge im Werte von 27,5 Millionen RM. genehmigt worden. Der Warengattung nach entfallen davon

53	Verträge	auf lebende Tiere	im Werte von	16,3	Mill.	M.
1	Vertrag	auf schwefelsauren Ammoniak im Werte von 3,6 Millionen Mark.				
96	Verträge	auf Maschinen	im Werte von	2,6	Mill.	M.
17	"	" Rohzucker	" " "	1,5	"	"
34	"	" Holz	" " "	0,9	"	"
5	"	" Saatgut	" " "	0,6	"	"
22	"	" Zellstoff	" " "	0,2	"	"

Der Rest enthält sonstige Lieferungen. Der Wert aller seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes bis zum 30. Juni für Frankreich genehmigten Sachlieferungsverträge (außer über Kohle und Farbstoffe) stellt sich auf 495,8 Millionen R.-Mark.

Für **Belgien** sind im Monat Juni einschließlich der Nachträge 128 Verträge im Werte von 2,2 Millionen RM. genehmigt worden. Der Warengattung nach betreffen

32	Verträge	Eisen	im Werte von	0,6	Mill.	M.
9	"	Kalksalpeter	" " "	0,4	"	"
22	"	Maschinen	" " "	0,4	"	"
23	"	Zellstoff u. Papier	" " "	0,3	"	"
4	"	elektr. Material	" " "	0,2	"	"

der Rest Verschiedenes. Durch die Juni-Verträge erhöht sich die Gesamtsumme der bisher unter dem Dawesplan abgeschlossenen Sachlieferungsverträge auf 107,4 Millionen Reichsmark.

Der Streik in der Berliner Metallindustrie geht weiter.

* **Berlin.** (Telunion.) **Bis auf die Belegschaft der Firma Druckenmüller haben gestern die Arbeitnehmer der Berliner Eisenkonstruktionsbetriebe die bei den Verhandlungen am Montag gemachten Angebote der Firmen als ungenügend abgelehnt. Der Streik geht infolgedessen weiter. Neue Verhandlungen sind im Augenblick noch nicht in Aussicht genommen.**

Wachsende Spannung in der Seeabrüstungsfrage.

Protest des englischen Botschafters in Washington.

Falsche Berichterstattung der amerikanischen Presse über Englands Haltung auf der Seeabrüstungskonferenz.

* **London.** (Telunion.) Im Zusammenhang mit der gestern morgen in verschiedenen englischen Blättern veröffentlichten Meldung, daß der britische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Sir Howard, den Auftrag erhalten habe, in Washington gegen die falsche Berichterstattung und falsche Auslegung amtlicher britischer Erklärungen über die Genfer Seeabrüstungskonferenz durch gewisse amerikanische Zeitungen zu protestieren, wird aus Washington berichtet, daß der britische Botschafter es ablehnt, über die Angelegenheit sich irgendwie auszulassen. Die Londoner Berichte werden weder dementiert noch bestätigt.

Die **amerikanische Presse** veröffentlicht die Berichte von der Beauftragung Sir Howards, in Washington zu protestieren, in großer Aufmachung. Sir Howard ist nach seiner Sommerresidenz in Manchester zurückgekehrt. In unterrichteten Kreisen Londons verlautet, daß ein formaler Protest nicht erfolgt sei. Es wird jedoch erklärt, daß Sir Howard während seiner in der vergangenen Woche mit dem Staatssekretär Kellogg geführten Besprechungen wiederholt auf die Tätigkeit der amerikanischen Berichterstatter in Genf hingewiesen und dagegen protestiert hat, daß sie den britischen Standpunkt nicht auf faire Art wiedergäben. Ferner meint man, daß das amerikanische Staatsdepartement die Angelegenheit unter Umständen selbst angeschnitten habe. Am verheerendsten hat die Behauptung gewirkt, daß Großbritannien eine Gesamttonnage von 600 000 Tonnen verlangt haben soll. Weiter wird darauf hingewiesen, daß England zur Zeit nicht einmal in der Lage sein würde, die Gesamttonnage, die es benötige, zu errechnen. Obgleich noch unbekannt ist, welche Schritte das Staatsdepartement in der Angelegenheit ergreifen wird, verlautet, daß Kellogg der Auffassung ist, daß die Regierung keine Kontrollmöglichkeit über die amerikanische Presse habe, aber gleichwohl für genau umschriebene Beispiele der angeblich falschen Darstellung dankbar wäre.

•

Die Genfer Seeabrüstungskonferenz vor dem japanischen Kabinett.

Zurückziehung der japanischen Delegation in der nächsten Woche.

* **Riga.** (Telunion.) Aus Tokio wird gemeldet, daß **das japanische Kabinett** sich mit der Frage der Genfer Abrüstungskonferenz beschäftigt habe. Nach der vorwiegenden Meinung des Kabinetts ist eine Kompromißlösung in Genf zur Zeit nicht mehr möglich. Amerika sei durch die Gerüchte von einem bevorstehenden Bündnis zwischen England und Japan so besorgt, daß die japanische Regierung sich genötigt gesehen habe, ihren Botschafter in Washington zu beauftragen, der amerikanischen Regierung auseinander zu setzen, daß ein solches Bündnis von der japanischen Regierung nicht erwogen worden sei. Die Erwägungen gingen lediglich von der Presse aus. Diese Erklärung habe die amerikanische öffentliche Meinung jedoch nicht zufriedengestellt, zumal in Amerika verlautet, daß Japan gegen Amerika rüste.

Der japanische Ministerpräsident hat dem Mikado über die Genfer Konferenz Bericht erstattet und erhielt vom Mikado Instruktionen, **die japanische Delegation aus Genf zurückzuziehen,** falls dort bis zur nächsten Woche keine Einigung erzielt werde. Eine halbamtliche japanische Agentur weiß zu melden, daß die Konferenz infolge der amerikanisch-englischen Gegensätze nicht zu retten sei.

Frankreichs Kampf gegen die Rheinland-Räumung.

* **Paris.** (Telunion.) Unter dem Vorsitz von General Hirschauer hat sich in Nancy ein **Aktionskomitee** gebildet, **daß in Elsaß-Lothringen eine Bewegung gegen die Räumung des linken Rheinufers ins Leben rufen will,** bevor nicht die Nordostgrenze Frankreichs in Verteidigungszustand gesetzt wird. Die „Lothringische Vereinigung zum Schutze der Nordostgrenze" richtet an alle Franzosen und Französinnen einen Aufruf zum Beitritt, **„um der Regierung eine mächtige Stütze zu geben, wenn Deutschland die vorzeitige Rheinlandräumung verlangen wird."**

In ganz Elsaß-Lothringen sollen ähnliche regionale Verbände gegründet werden, für die General Hirschauer im voraus den Vorsitz übernommen hat.

Reichswirtschaftsrat gegen Jugendschutz-Gesetz.

vdz. **Berlin.** Der **Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats** beschäftigte sich in seiner Sitzung am 26. Juli 1927 mit einem Antrag Marcus, in dem auf die Möglichkeit der Schädigung der deutschen Wirtschaft durch einzelne Bestimmungen des Entwurfs eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten hingewiesen und die Einsetzung eines Ausschusses gefordert wird, der gegebenenfalls Abänderungsvorschläge zur Verhütung der schädlichen wirtschaftlichen Folgen machen soll.

Nach einer allgemeinen Debatte sprach der Wirtschaftspolitische Ausschuß seine Ansicht dahin aus, **daß die Fassung des Gesetzentwurfs wirtschaftliche Auswirkungen in erheblichem Umfang herbeiführen könne,** und beschloß, die Reichsregierung zu ersuchen, vor Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz einen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats zu hören, sofern nicht etwa noch durch die Fassung des Gesetzes selbst schädigenden Eingriffen in das Wirtschaftsleben vorgebeugt werden könne.

Der Ausschuß nahm sodann Stellung zu einem Antrage Baltrusch, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, mit den **Verwaltungen der Reichsbahn und der Reichspost** sowie mit allen sonstigen für **größere Auftragserteilung** an die Wirtschaft in Betracht kommenden Reichsstellen und mit den Regierungen der Länder und den Vertretungen der Kommunen in Verbindung zu treten, um die behördliche Auftragserteilung an die Wirtschaft von größeren zentralen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus planmäßiger zu gestalten. Insbesondere soll eine zu starke stoßweise Häufung eiliger Aufträge verhindert werden, damit eine größere Stetigkeit in die von solchen Aufträgen der öffentlichen Hand beeinflußten Zweige der deutschen Wirtschaft gebracht wird.

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an einen Arbeitsausschuß überwiesen.

Die Beamtenbesoldungsreform.

vdz. **Berlin.** Die Vorarbeiten für die Besoldungsreform sind im Reichsfinanzministerium jetzt soweit gediehen, daß der Referentenentwurf in etwa zwei Wochen fertiggestellt sein wird. Dann soll Fühlungnahme mit den Länderregierungen und auch eventuell mit den **Berufsorganisationen der Beamtenschaft genommen werden.**

Vor Entscheidung im Chorzow-Streit.

Zu Gunsten Deutschlands.

X **Genf,** 27. Juli. Heute hat der ständige internationale Gerichtshof im Haag seinen Entscheid abgegeben über den von der polnischen Regierung erhobenen Einwand gegen die Kompetenz des Gerichtshofs in der Frage des Schadenersatzes, den die deutsche Regierung für die Besitzergreifung der Chorzower Stickstoff-Werke in Oberschlesien verlangt. Bezüglich der deutschen Forderungen für die Höhe der Ersatzsumme und die Zahlungsweise behält der Gerichtshof seine Entscheidung bis zur Entscheidung der Hauptfrage vor, da er diese Fragen als Nebenfragen betrachtet. **In dem Beschluß, der mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen wurde, erklärt der Gerichtshof, er verwerfe den polnischen Einspruch und halte an der von der deutschen Regierung angerufenen Instanz zur Erledigung der Hauptfrage fest.**

Ungünstige Wirtschaftslage Englands.

Eine Unterhausrede des Handelsministers.

* **London.** (Telunion.) Der englische **Handelsminister Sir Cunliffe Lister** beschäftigte sich in seiner gestrigen Unterhausrede mit der gegenwärtigen Lage und den Zukunftsaussichten des britischen Handels. **An Hand** ausführlichen Zahlenmaterials betonte der Minister die **Notwendigkeit der Importminderung und der Exportsteigerung.** Er empfahl Zusammenschluß sowohl der Verkaufsorganisation im In- und Auslande als auch der Produktion selbst.

In der Debatte forderte der bekannte Industrielle und Bankfachmann **Sir Robert Horne** die Einführung eines Schutzzolles für die Textilindustrie und Staatshilfe für eine umfassende Reorganisation der Eisen- und Stahlindustrie. Der Redner erklärte weiter, die englische Handelsbilanz sei nicht nur ungünstig, sondern schlechter als je zuvor. Wenn die gegenwärtige Entwicklung anhalte, werde England seine großen Auslandsinvestierungen, die eine der größten Einnahmequellen für das englische Volk gewesen seien, nicht länger fortsetzen können. Für die liberale Opposition sprach Lord George, der betonte, daß der Ueberschuß des englischen Handels dahin sei.

Der Deutsche Krankenkassentag.

* **Königsberg.** (Telunion.) Der 31. Deutsche Krankenkassentag nahm eine **Entschließung** an, in der **die neuen Ersatzkassen als die Krankenversicherung schädigend abgelehnt werden.**

Dr. Stein-Genf sprach über die internationale Regelung der Krankenversicherung. Ueber Spezialkrankheiten sprachen Dr. med. Proll-Berlin, Prof. Adam-Berlin, Prof. Chajes, Prof. Lanaktein und Dr. med. Röschmann.